

Postulat von Andreas Leuppi, WettiGrüen und Sarah Steinmann, GLP betreffend Einbezug der Wettinger Bevölkerung beim Initiiieren von Begegnungszonen

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Wettinger Bevölkerung mit einem klaren Prozess Begegnungszonen in ihrer Strasse initiieren und mitgestalten kann.

Begründung

In Begegnungszonen geniessen Fussgänger:innen den Vortritt gegenüber Fahrzeugen. Die reduzierte Geschwindigkeit von 20km/h ermöglicht eine hohe Fehlertoleranz und somit optimalen Schutz von Kindern und älteren Menschen. Durch verbesserte Kommunikation zwischen Fussverkehr und rollendem Verkehr erhöht sich die Verkehrssicherheit und eine rücksichtsvolle Verkehrskultur wird gefördert. Gleichzeitig erhöht sich auch die Wohnqualität durch die Reduktion von Verkehrslärm und Luftschadstoffen. Begegnungszonen in Wohnquartieren können folglich die Attraktivität einer Strasse und somit eines Quartiers stark erhöhen. Zusätzlich bekommen Kinder die Möglichkeit, die Strasse sicher zu passieren und diese auch zum Spielen zu nutzen.

Der Kommunale Gesamtplan Verkehr behandelt das Thema wie folgt: „In Gebieten mit besonders hohem Fussgängeranteil, vielen Kindern oder Personen mit erhöhtem Schutzbedürfnis können Begegnungszonen geprüft werden.“ Genau hier sollte der gewünschte Prozess ansetzen. Ein Bottom-up-Ansatz soll dabei Bürger:innen wohnhaft in Wohnquartieren die Möglichkeit geben, die Entwicklung einer Begegnungszone in ihrer Strasse zu initiieren und mitzugesten. Bereits an anderen Orten wie beispielsweise in Aarau besteht seit Mitte 2020 ein solches Angebot. Dabei gilt, wenn mindestens die Hälfte aller Anwohner:innen mit ihrer Unterschrift sich positiv zur Begegnungszone äussern und ein entsprechendes Gesuch einreichen, wird dies entsprechend von der Stadt geprüft und, wenn möglich, umgesetzt. Bis heute wurden 16 Gesuche eingereicht – sechs davon umgesetzt und drei weitere Umsetzungen sind dieses Jahr noch geplant. Konzeptionell ist dabei vorgesehen, die Projekte einfach und rasch umzusetzen. Auf unmittelbare bauliche Eingriffe wird folglich verzichtet und eine Umgestaltung erfolgt lediglich bei regulären Sanierungsarbeiten.

Das Bottom-up-Prinzip gibt den Anwohner:innen die direkte Möglichkeit, ihren Wohnraum aktiv mitzustalten und die Sicherheit im Strassenverkehr zu verbessern. Ein klarer, partizipativer Prozess gewährleistet eine zielgerichtete Bearbeitung bei der Gemeinde und eine hohe Akzeptanz bei den Anwohnern.


Andreas Leuppi


Sarah Steinmann